

14.12.77

Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen
Nr. 9205 - VI/2c, e - 33 240

München, den 14. Dezember 1977

Schriftliche Anfrage

Betreff: **Beabsichtigte Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Ohu I**

Ich frage den Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen:

1. Ist der Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen bereit, vor einer möglichen Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Ohu I die Zusage seines Amtsvorgängers zu erfüllen und dem Landtag einen eingehenden Bericht über die Gründe der Betriebsunfälle beim Kernkraftwerk Gundremmingen zu erstatten? Wird bei dieser Gelegenheit auch gleichzeitig der Beschluß des Landtags vom 24. März 1977, Drs. 8/4919 vollzogen?
2. Wie ist die Entsorgung des Kernkraftwerks Ohu I geplant? Liegen hier langfristige Entsorgungsverträge vor und wenn ja, mit wem und über welchen Zeitraum?
3. Wie wirkt sich der Beschluß des Niedersächsischen Ministerpräsidenten, mit den Bohrarbeiten zur Untersuchung der Salzstöcke in Gorleben, frühestens in zwei Jahren zu beginnen, auf die Überlegungen der Staatsregierung aus, Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke zu erteilen, obwohl durch diesen Beschluß die Entsorgungsfragen weiterhin ungelöst bleiben werden?

München, den 18. August 1977

Großer
(FDP)

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Großer vom 18. August 1977 betreffend beabsichtigte Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Ohu I

Schreiben vom 19. Aug. 1977 B I KA Nr. 15 692/1977

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Großer beantworte ich wie folgt:

Zu 1.:

Mein Amtsvorgänger, Staatsminister Streibl, hat in der Sitzung des Landtags am 26. Januar 1977 im Zusammenhang mit dem Störfall am 13. Januar 1977 im Kernkraftwerk Gundremmingen I (KRB I) erklärt, daß Betriebsgenehmigungen für andere Kernkraftwerke in Bayern nicht erteilt werden, bevor die Störfallursachen im KRB I nicht umfassend geklärt sind.

Der vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen mit der Untersuchung und Auswertung dieses Störfalls beauftragte Technische Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) hat mit seiner gutachtlichen Stellungnahme vom 23. Februar 1977 die Unfallursachen im KRB I geklärt und in einer weiteren gutachtlichen Stellungnahme vom 31. März 1977 festgestellt, daß beim Kernkraftwerk Isar (KKI) aufgrund der vorhandenen automatischen Reaktorschutzmaßnahmen bei denen fehlerhafte Handeingriffe unwirksam sind, sowie des verbesserten Druckentlastungssystems für den Primärkreis ein vergleichbarer Störfallablauf wie beim KRB I nicht eintreten kann.

Mit dem Bericht des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 27. April 1977 Nr. 6341a2 - VI/2 - 31427/76 wurde dem Beschluß des Landtags vom 24. März 1977 (Drs. 8/4919) in Nr. 1 entsprochen. Zu Nr. 2 des Beschlusses wird dem Landtag nach Vorliegen der abschließenden Stellungnahme zur Wiederinbetriebnahme des KRB I berichtet werden.

Zu 2.:

Neben der grundsätzlich bestehenden Möglichkeit, nach Abschluß entsprechender Verträge abgebrannte Brennelemente im Ausland zu lagern oder wiederaufarbeiten zu lassen — solche Verträge liegen derzeit beim KKI noch nicht vor — kommt nach Auffassung der Bundesregierung als Grundlage für eine ausreichende Entsorgungsvorsorge für die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland

nur die von ihr entwickelte Konzeption eines räumlich integrierten Entsorgungszentrums über einem der großen Salzstöcke in Niedersachsen in Frage. Als möglichen Standort für das geplante Entsorgungszentrum hat die Niedersächsische Landesregierung inzwischen den Ort Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg benannt. Die von den beteiligten Energieversorgungsunternehmen gegründete Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, an der auch die beiden Muttergesellschaften der Betreibergesellschaft KKI GmbH, die Bayernwerk AG und die Isar-Amperwerke AG beteiligt sind, hat mit Schreiben vom 31. März 1977 bei der zuständigen niedersächsischen Genehmigungsbehörde einen Antrag auf Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb des Entsorgungszentrums gestellt und darüber hinaus beantragt, mit dem ersten Teilerrichtungsschritt den Standort sowie die Ausschachtungsarbeiten und die Errichtung von Bauwerken für die Brennelementlagerung (Eingangslagerbecken) und die übergeordnete Infrastruktur zu genehmigen. Dem Antrag wurden die für eine Beurteilung des Gesamtkonzepts des Entsorgungszentrums notwendigen Unterlagen (Sicherheitsbericht) beigelegt. In einem gemeinsamen, im Auftrag des Bundesministers des Innern erstellten Gutachten vom 20. Oktober 1977 haben die Reaktor-Sicherheitskommission und die Strahlenschutzkommission ein positives Urteil über die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums abgegeben.

Im Brennelementlagerbecken des KKI können derzeit insgesamt 1080 Positionen für die Lagerung von abgebrannten Brennelementen zur Verfügung gestellt werden. Bei Freihaltung einer in der Genehmigung vorgeschriebenen Kapazitätsreserve für die während des Betriebs im Reaktordruckbehälter befindliche Kernladung würden die vorhandenen Lagermöglichkeiten bei dem vorgesehenen Betriebsablauf bis etwa März 1981 ausreichen. Ab diesem Zeitpunkt müßte das KKI abgeschaltet werden, wenn bis dahin keine abgebrannten Brennelemente aus dem KKI zur Zwischenlagerung oder Wiederaufarbeitung abtransportiert werden können.

Um die Zeitspanne zwischen der Erschöpfung der genehmigten Lagermöglichkeiten im KKI und der voraussichtlichen Aufnahmebereitschaft der zentralen Eingangslagerbecken am Standort des Entsorgungszentrums, die nicht vor 1985 zu erwarten ist, zu überbrücken und damit den Weiterbetrieb der Anlage zu ermöglichen, hat die KKI GmbH beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen einen Antrag auf Zustimmung für den

Austausch der im Brennelementlagerbecken vorhandenen Lagergestelle durch sogenannte kompakte Lagergestelle eingereicht und dabei auch Terminpläne für die Realisierung dieser Maßnahme vorgelegt. Bei Einbau dieser kompakten Lagergestelle könnten, wenn hierzu das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die erforderliche atomrechtliche Genehmigung erteilt hat, bis zu 2244 Brennelemente im Brennelementlagerbecken gelagert werden. Unter der Voraussetzung, daß keine abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk abtransportiert werden, würde die Lagerkapazität bei Freihaltung einer Kapazitätsreserve von einer Kernladung für eine Betriebszeit von etwa 10 Jahren (gerechnet ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme des KKI) ausreichen.

Die von der KKI GmbH getroffene Entsorgungsvorsorge entspricht den von Bund und Ländern gemeinsam erarbeiteten „Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke“, von deren Erfüllung der Bundesminister des Innern in seiner Stellungnahme vom 29. Juli 1977 seine Zustimmung zur nuklearen Inbetriebnahme und zum Betrieb des KKI u.a. abhängig gemacht hat.

Zu 3.:

Der Bundesminister des Innern, in dessen Auftrag die atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der Länder gemäß Art. 85 Grundgesetz das Atomgesetz ausführen, hat mit Schreiben vom 14. Juni 1977 das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen angewiesen, die „Grundsätze“ zur Entsorgung für Kernkraftwerke künftig in Genehmigungsverfahren anzuwenden. Diese „Grundsätze“ treffen auch verbindliche Regelungen über die Voraussetzungen, unter denen Teilbetriebsgenehmigungen bzw. Betriebsgenehmigungen mit Bestandsschutz (Dauerbetriebsgenehmigungen) erteilt werden können. Zu diesen Voraussetzungen gehört derzeit jedoch nicht der Beginn von Probebohrungen zur Untersuchung des Salzstocks in Gorleben. Teilbetriebsgenehmigungen oder Dauerbetriebsgenehmigungen können deshalb nicht mit der Begründung versagt werden, daß die Bohrungen in Gorleben möglicherweise erst in zwei Jahren aufgenommen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dick
Staatsminister